

unter Teilnahme der Sowjetunion zu unterstellen, wurden genau so grob verletzt wie die anderen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Das Londoner Ruhrstatut beabsichtigt, die gesamte Schwerindustrie Westdeutschlands für alle Zeiten einer internationalen Kontrollbehörde zu unterstellen, an der die Sowjetunion nicht beteiligt ist, in der aber das USA-Monopolkapital die Befehlsgewalt innehat. Die Bedeutung dieses frechen Raubes wird klar, wenn wir bedenken, daß durch das Ruhrstatut 90 Prozent der westdeutschen Kohlenförderung, 72 Prozent der Roheisenerzeugung, 74 Prozent der Stahlproduktion und 69 Prozent der Walzwerkerzeugung der deutschen Verfügungsgewalt entzogen werden. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß mit diesem Ruhrstatut die Absicht verfolgt wird, der nationalen Existenz des deutschen Volkes die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen.

Zur Durchführung dieser kolonialen Politik in Westdeutschland verschafften sich die westlichen Besatzungsmächte die Unterstützung jener deutschen reaktionären Kräfte, die schon zwei Weltkriege vorbereitet, organisiert und durchgeführt hatten und eben von den Völkern unter unerhörten Blutopfern niedergeschlagen worden waren. Daß die Nazis, Militaristen und Monopolkapitalisten Deutschlands ihre Dienste den USA-Imperialisten gern zur Verfügung stellen, daß sie gern die Rolle der Quislinge übernehmen, bedarf angesichts ihrer alten Tradition des Verrats der nationalen Interessen unseres Volkes keines besonderen Nachweises. Weil die Westmächte sich bei ihrer Kolonialpolitik in Westdeutschland auf diese Kreise stützen, haben sie auch die Potsdamer Beschlüsse über die Entnazifizierung und Entmilitarisierung, über die Vernichtung der Monopole und des deutschen Kriegspotentials bewußt und systematisch sabotiert. Ich brauche nur an die Entnazifizierungskomödie im Westen zu erinnern, brauche nur die Namen Schacht, Halder, Ilse Koch zu nennen, um die Entnazifizierungs- oder besser Renazifizierungspolitik der Westmächte zu kennzeichnen. Diese Mächte haben nicht nur die Vernichtung des Nazismus und Militarismus verhindert, sondern sie haben die Nazis, die Kartellherren und die Militaristen in die führenden Funktionen des bizonesischen Staatsapparates eingebaut. Es ist allgemein bekannt, daß die überwiegende Mehrzahl der heute in den Westzonen amtierenden Juristen ehemalige Nazis sind. Und ausgerechnet diesen Juristen wollen die Bonner Verfassungsschmiede entscheidende Machtpositionen